

Änderungsantrag zum Entwurf des Leitantrages zum Stadtparteitag am 4.7.2015

(Die nachfolgenden Ausführungen beziehen sich auf die in „Links & aktuell“ – Ausgabe 10 vom 15.Mai 2015- veröffentlichte Version)

Der vorgelegte Entwurf lässt sich nach unserer Auffassung in 4 verschiedene Abschnitte unterteilen. Ein Teil befasst sich mit bundespolitischen Themen, eingebettet darin eine wichtige Bezugnahme bzw. erforderliche Kritik an der Europäischen Austeritätspolitik.

Der zweite Teil befasst sich punktuell mit landespolitischen Themenstellungen in Vorbereitung auf die anstehende Landtagswahl.

In diesen Teil eingebettet ist ein sehr kurzer Ausflug in die Kommunalpolitik, der dem Antrag seine Überschrift verdanken sollte.

Der letzte Teil befasst sich mit Schlussfolgerungen für die Politik des Stadtverbandes, wobei der Schwerpunkt aber eher auf der derzeitigen inneren Verfasstheit des Stadtverbandes liegt.

Eingedenk dieser Untergliederung sollte der vorliegende Entwurf, der grundsätzlich eine ernst zu nehmende und auch zutreffende Aufgabenbeschreibung liefert, in den Überschriften neu gefasst werden.

Die bisherige Überschrift „Eine Stadt zum Leben. Eine Stadt zum Bleiben.“ passt maximal zu dem im landespolitischen Teil eingebetteten kurzen kommunalen Teil, welcher der Logik der Überschrift folgend deutlich ausgebaut werden muss.

Für den ersten Abschnitt des Entwurfes von „Die Bundesrepublik liegt..., bis Das kann auch für uns als Linke Vorbild sein.“ schlagen wir eine neue Überschrift vor, in etwa wie:

„Bundespolitische Herausforderungen aus linker Sicht“.

Inhaltlich sollte in jedem Fall noch eine sehr kritische Anmerkung zu den zunehmenden Versuchen der Militarisierung der europäischen Außenpolitik Eingang in diesen Teil finden. Gleichfalls eine konsequente Absage an das geplante Freihandelsabkommen. Zu beiden Sachlagen gibt es sicherlich gut ausformulierte Vorlagen, die wir übernehmen sollten.

Der Satz mit der Selbstmordrate ist sicherlich aus emotionaler Sicht verständlich, sollte aus unserer Sicht aber eher durch den Verweis auf zunehmende Verarmung und soziale und menschliche Tragödien ersetzt werden. Das beschreibt die Situation umfassender.

Der landespolitische Teil von „die Koalition aus CDU und SPD.. bis statt auf Ausgrenzung und Gefolgschaft zu setzen“, sollte mit einer weiteren Teilüberschrift beginnen, in etwa:

„Landespolitischen Stillstand beenden, für einen Wechsel zur sozialen Chancengleichheit und für eine nachhaltige Entwicklung.“

Der Abschnitt von „das merken wir auch hier bei uns in der Landeshauptstadt... bis Sichtweise der Stadtverwaltung in Magdeburg sollte hier raus und als ein Grundsatz in den kommunalpolitischen Teil übernommen werden.

Der Satz „Überall im Land werden Strukturen abgebaut“, sollte trotz der folgenden Beispiele durch die nähere Definition „Strukturen der gesellschaftlichen Daseinsvorsorge abgebaut“ ergänzt werden. Auch weil es sicherlich Strukturen gibt deren Abbau wir durchaus positiv gegenüber stehen (z.B. in der aufgeblähten Verwaltung oder im Bereich des Verfassungsschutzes).

Unserer grundsätzlichen Auffassung zu einem politisch erforderlichen Richtungswechsel in Sachsen-Anhalt folgend, halten wir es durchaus für erforderlich auch die Möglichkeit einer Regierungsteilnahme unter Führung der SPD, ggf. sogar in einem 3-Bündnis mit den Grünen als eine Option in diesem Antrag mit aufzunehmen.

Nach „der Stillstand in Sachsen-Anhalt muss überwunden werden“ könnte /sollte diese Option wie folgt formuliert platziert werden:“ Wir werden uns aber auch im Interesse eines möglicherweise überwiegenden Teiles der Bevölkerung jenseits der bisherigen Koalition nicht der Möglichkeit des Eintrittes in eine SPD geführte Landesregierung, ggf. unter Beteiligung der Grünen verschließen, wobei wir uns bewusst sind, das der SPD in ihrer derzeitigen Verfasstheit, soziale und strukturelle Verbesserungen in dann harten Verhandlungen abzurufen sein werden.“

Der letzte Abschnitt des öffentlichen Leitantrages sollte demnach der kommunalen Sicht gewidmet sein.

Hier kann die bisherige Überschrift durchaus zu einer Berechtigung (bezogen auf den nachfolgenden Inhalt) kommen.

„Eine Stadt zum Leben. Eine Stadt zum Bleiben“

Dazu folgenden Textrahmenvorschlag:

„Die Oberbürgermeisterwahl in Magdeburg hat nicht das von uns erwünschte Ergebnis gebracht. Die Mehrzahl der Bürgerinnen und Bürger, die in bedenklich geringer Anzahl an der Wahl teilgenommen haben, haben sich eher von dem Grundsatz leiten lassen: „Augen vor den Risiken zu und durch“.

Die zweifelsfrei positive Entwicklung der Stadt Magdeburg in den letzten Jahren wurde in der Summe unkritisch betrachtet, bestehende Defizite wurden ausgeblendet, personalisierte Machtstrukturen wurden als gegeben akzeptiert und vor allem zukünftige Risiken (vor allem Haushalterische) wurden sorglos unterbewertet. Speziell auch das „Aufbegehren“ des OB gegenüber seinem Parteifreund und Finanzminister hat eine Persönlichkeitsaufwertung gebracht die eigentlich diametral dem daraus folgendem Ergebnis gegenüber steht. Denn von den finanziellen Kürzungen des Landesfinanzministers sind die Kommunen des Landes in Gänze und Magdeburg als Landeshauptstadt noch einmal besonders betroffen.

Die scheinbar alternativlose Frage nach der Finanzierbarkeit hat längst über die Frage nach der gesellschaftlichen Notwendigkeit von Ausgaben gesiegt.

Ein ausgeglichener Haushalt ist sicherlich Ausdruck finanzpolitischer Solidität, kann aber nicht initiativlos über berechnete Interessen der Bevölkerung gestellt werden.

Eine solide Finanzpolitik muss sich neben einer verantwortungsvollen Ausgabenpolitik, auch durch eine kreative Einnahmenpolitik, vorrangig getragen durch eine solide und nachhaltige Wirtschaftspolitik auszeichnen.

Ob die Stadt Magdeburg von allen Mitbewohnern als lebens- und liebenswerte Stadt angesehen wird, ist keine Frage einer zweifelbehafteten Imagekampagne, es ist auch eine Frage der Finanzkraft und der sinnvollen Verwendung dieser.

Hier spielt im Besonderen auch die Beziehung Land und Kommunen eine wesentliche Rolle, genau dort müssen wesentliche Richtwerte in der Landespolitik neu justiert werden, wie bereits im Teil „Landespolitik“ ausgeführt wurde.

Der Stadtverband Magdeburg hat hier in Vorbereitung der Landtagswahl eine herausragende Bedeutung und Verantwortung.“

Dann weiter von: „Wir müssen unser sozialpolitisches Profil schärfen.... bis soziales ist unsere Kernkompetenz. Das muss erkennbar sein“ und sich in unserem kommunalpolitischen Handeln widerspiegeln.

Der im Antragsentwurf folgende Abschlussteil befasst sich, wie bereits einleitend ausgeführt mit parteiinternen Fragen und sollte demnach vom eigentlichen politischen Leitantrag abgekoppelt werden.

Wir als Einreicher halten **ein parteiinternes Verständigungs- und Aufgabenpapier** für durchaus erforderlich. Die interne Situation in Teilen der Stadtorganisation ist derzeit nicht unbedingt als Erfolgsgarant für einen erfolgreichen Landtagswahlkampf zu sehen und ist insgesamt abträglich für unser stetes Ringen um größere gesellschaftliche Akzeptanz.

Der Parteitag muss dazu genutzt werden den internen Verständigungsprozess zu aktivieren und es muss ein Stadtvorstand gewählt werden der politischer agiert und ausgleichend zu handeln in der Lage ist. Die im vorliegenden Leitantrag zu diesem Thema aufgeführten Anstriche sind durchaus geeignet Gegenstand eines entsprechenden Verständigungspapieres zu sein, sollten aber auch als Leitpunkte in der parteiinternen Diskussion auf dem Parteitag umfänglich debattiert werden. Was ist die konkrete Ursache für das Benennen der Punkte und wohin muss die Entwicklung gehen.